Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Hauptleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Dienstag, den 1. Februar 1927 — Nummer 26

Kämpft den Imperialismus nieder!

Wo bleiben die Gewerkschaftsaktionen?

Arbeiter, organisiert gegen den neuen Krieg!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erläßt folgenden Aufruf:

Die Armee der Vereinigten Staaten besetzt Nikaragua. Der nordamerikanische Imperialismus wirft seine demokratische Maske ab, bekundet zynisch und offen seine Absicht, die Länder Latein-Amerikas in Kolonien zu verwandeln. Lange bereits bemächtigte sich der nordamerikanische Kapitalismus der Naturschätze, der Industrie, der Verkehrswege Zentral- und Südamerikas, brachte dessen Regierungen in wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit. Diese Eroberung der Republiken Latein-Amerikas durch das nordamerikanische Kapital unter der Maske des Imperialismus und der Demokratie findet den Widerstand der doppelt ausgebeuteten Volksmassen. Die Arbeiter und Bauern Mexikos sind als erste gegen die Unterdrückung durch die Vereinigten Staaten aufgetreten. Die nationale Volksregierung proklamierte unter dem ständigen Druck der Massen das freie Verfügungsrecht Mexikos über die Petroleumquellen, wofür sie die Washingtoner Regierung mit militärischer Intervention bedrohte. Das Beispiel des mexikanischen Volkes zieht auch die Völker Mittelamerikas in den Kampf gegen den anbrechenden nordamerikanischen Imperialismus hinein. Das Volk Nikaraguas erhob sich gegen die Kreatur des amerikanischen Kapitals, den „Präsidenten" Diaz. Die Vereinigten Staaten fürchten ein zweites Mexiko. Sie beabsichtigen, durch Nikaragua einen zweiten Kanal zu bauen und wollen deswegen das ganze Land unterjochen. Die Besetzung Nikaraguas unter dem Vorwand des Schutzes der amerikanischen Bürger soll zugleich Mexiko einschüchtern. Auf die Proteste von seiten Latein-Amerikas und breiter Schichten Nordamerikas antwortete Kellogg, die Intervention sei notwendig zum Kampfe gegen den Bolschewismus, die Dritte Internationale, zur Rettung der Zivilisation. Die ganze Welt lachte über den Spießbürger, der den Bolschewistenschreck aufzieht, um die räuberischen Absichten des Yankee-Imperialismus zu verhüllen.

Die Kommunistische Internationale bekämpfte immer den Imperialismus, nicht ausgenommen den unverschämtesten und stärksten: den Imperialismus der Vereinigten Staaten. Sie ruft alle antiimperialistischen Kräfte zur Unterstützung des kleinen Volkes Nikaraguas auf. Kellogg entdeckte die antiimperialistische Politik der Kommunistischen Internationale gerade dann, als die Kolonisationspläne der Vereinigten Staaten immer festere Formen annahmen. Der Völkerbund entlarvt sich wieder als Hüter der Interessen der großen imperialistischen Mächte und schweigt. Ebenso schweigt die Zweite Internationale.

Der Unabhängigkeitskampf der Völker Latein-Amerikas muß die Unterstützung des internationalen Proletariats finden. Ihr Unabhängigkeitskampf ist nur ein Teil der großen Weltschlacht der vom Imperialismus unterdrückten Völker gegen die Unterdrücker. China, Indien, Zentralamerika sind der Brennpunkt dieses Kampfes. Die Volksmassen Latein-Amerikas erheben Protest gegen die Ausplünderung durch die Vereinigten Staaten. Die Proletarier Nordamerikas müssen protestieren gegen den amerikanischen Imperialismus!

Die Arbeiter und Bauern der ganzen Welt müssen ihre Solidarität mit dem kleinen Volk Nikaraguas bezeugen! Nieder mit dem Imperialismus der Vereinigten Staaten! Hoch der Unabhängigkeitskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus! Hoch die internationale Solidarität der Arbeiter und Bauern und der geknechteten Völker gegen den gemeinsamen Feind!

Die Rote Fahne, das Zentralorgan der Partei, fordert heute die Gewerkschaftsaktion gegen die drohende Kriegsgefahr. Sie appelliert an die Beschlüsse der Amsterdamer Internationale gegen den Krieg. Sie erinnert weiter daran, daß diese Beschlüsse sowohl auf dem Kongreß der Amsterdamer in Rom im Jahre 1922, wie auf dem Kongreß der Amsterdamer im Jahre 1924 neuerdings bestätigt wurden, und verweist insbesondere auf die Erklärung des Wiener Kongresses: „Die vom 2. bis 6. Juni in Wien tagende Gewerkschaftskonferenz erklärt die nationale und internationale organisierte Arbeiterklasse an ihre Pflicht, sich dem Krieg zu widersetzen: Durch Stillegung der Waffen- und Munitionsindustrie, sowie des Transportes von Kriegsmaterial, durch wirtschaftlichen Boykott und internationalen Generalstreik." Die Rote Fahne fragt die organisierten Arbeiter des ADGB: **Erfüllt der ADGB seine Pflichten im Kampf gegen die Kriegsgefahr? Was tut der ADGB**, um die Arbeiterschaft über die Gefahren eines imperialistischen Krieges zu unterrichten? Mit welchen Mitteln widersetzt sich der ADGB dem drohenden Krieg? Und endlich: Wo bleibt die Aktion des dem IGB angeschlossenen internationalen Transportarbeiter-Verbandes gegen den Transport von Kriegsmaterial und Soldaten? Jeder Arbeiter wird auf diese Fragen antworten müssen, daß sowohl die Amsterdamer Internationale, als auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund **nicht nur keine ihrer Pflichten im Kampfe gegen den Krieg erfüllen, sondern sie schmählich verletzen.** Wenn der Krieg einmal ausgebrochen sein wird, dann werden die Beschlüsse der Amsterdamer Internationale nicht das Papier wert sein, auf dem sie stehen. Jeder Arbeiter weiß aus der Erfahrung von 1914, daß der ADGB dann weder den Generalstreik, noch die Revolution beschließen wird, sondern sich dem Krieg ebenso unterwerfen wird, wie er dies 1914 getan hat. Es ist daher die Aufgabe der Arbeiter, jetzt den ADGB zu zwingen, seine Macht und seinen Einfluß auf Verhinderung eines imperialistischen Krieges geltend zu machen. Zwingt den ADGB zu einer Aufklärungskampagne unter den breitesten Massen über die imperialistische Kriegsgefahr, zum Protest gegen den Transport von Kriegsmaterial und Soldaten nach China durch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter; **zum Kampf gegen die Vorbereitungen des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion! Organisiert die Protestbewegung gegen die Bewilligung des Reichswehretats durch die Führer des ADGB, der zum Zwecke der Beteiligung Deutschlands am kommenden imperialistischen Krieg immer größer und größer wird. Verfolgt aufmerksam die Zuspitzung der Kriegsgefahr in China, Japan und auf dem Balkan! Organisiert den Kampf für den Frieden und gegen den Imperialismus!**

Die Einheitsfront der deutschen Bourgeoisie

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Prawda vom 27. Januar folgenden Leitartikel:

Die Regierungskrise in Deutschland ist durch Bildung einer Bürgerblockregierung gelöst oder fast gelöst worden.

Die SPD, die diese Krise hervorgerufen hatte in der Hoffnung auf die „Große Koalition", hat den Kürzeren ziehen müssen. Die SPD hat mit ihrer ganzen Politik der Kriecherei vor den besitzenden Klassen den Bürgerlichen den Weg geebnet; nachdem sie nun einen recht unhöflichen Fußtritt bekommen hat, jammert sie über schlechte Behandlung. Eine erniedrigende und dümmere Lage kann man sich für eine politische Partei kaum vorstellen. In der Tat, die Art und Weise, wie diese Parlamentskrise gelöst wurde, war für einen „republikanischen" und „parlamentarischen" Staat recht ungewöhnlich.

Nachdem eine rechte Kombination mit Curtius an der Spitze Fiasko erlitten hatte, erklärten die Sozialdemokraten, sie hätten prinzipiell gegen eine Regierung der „Mittelparteien", d. h. der Kombination, die vor der Krise am Ruder war) nichts einzuwenden. Da trat Hindenburg auf den Plan mit seinem berüchtigten Brief, indem er Marx empfahl, seine Blicke nach rechts zu lenken und ein für allemal auf den Versuch einer Koalition mit der SPD zu verzichten. Dieser sanfte Druck des Soldatenstiefels auf die rostig gewordene Parlamentsmaschine hatte die beste Wirkung. Das Zentrum, das, wie verlautet, außerdem dementsprechende Instruktionen vom Vatikan erhalten hatte, überwand sofort seinen Unwillen gegen die Deutschnationalen und verzichtete leichten Herzens auf seine „linken" Sympathien.

Sogar der gewesene Reichskanzler Wirth, der am meisten befürchtet hatte, daß das Zentrum durch einen Bruch mit der SPD seine „Arbeiterliebe" kompromittieren würde, wechselte rasch den Kurs und marschiert mit Hindenburg.

Getäuscht wurden die Hoffnungen der SPD, daß ohne sie eine Außenpolitik der Verständigung, die Stresemannsche Politik von Locarno und Thoiry unmöglich sei. Auch hier erwartete „schwarzer Verrat" die sozialdemokratischen Führer. Inspiriert durch den entschiedenen Ton des Reichspräsidenten erklärte sich Stresemann bereit, nicht nur die Locarno-Politik ohne die kompetente Mitarbeit der Herren Breitscheid fortzusetzen, sondern sogar dieser Politik jene Abänderungen zu verleihen, die die „neue Aera" des bürgerlichen Deutschlands erfordern sollte. Die erbärmlichen Granatensozialisten, die ihre parlamentarischen Schäfleln ins Trockene zu bringen hofften durch Liebesdienste für den englischen Imperialismus und durch Veröffentlichungen von „sensationellen Enthüllungen" über den „roten Imperialismus der Sowjets", sitzen jetzt auf dem Trockenen. Es bleibt ihnen jetzt nichts anderes übrig, als sich hinter den Korrespondenten des „Manchester Guardian" zu verschanzen, den sie diesmal gegen Hindenburg ausspielen.

Aber dieses Gejammer und Ansiehen der öffentlichen Meinung Europas wird kaum die klägliche Lage verbessern, in die die SPD geraten ist. Die Sozialopportunisten, die ihre ganzen Hoffnungen auf parlamentarische Kombinationen setzen, taten alles, was in ihrer Kraft stand, damit die Arbeiterklasse — Gott behüte — nicht irgendwie ihre Aktivität zeige angesichts der heranrückenden Reaktion. Erst im letzten Augenblick, als es klar war, daß alle Hoffnungen auf die Große Koalition geschwunden waren, taten die Sozialdemokraten so, als würden sie für die kommunistische Forderung der Reichstagsauflösung eintreten. Das wird sie natürlich nicht hindern, bei der ersten besten Gelegenheit auf diese „Verzweiflungsgeste" zu verzichten und zu der beliebten Taktik der Hintertreppenpolitik zurückzugreifen.

Die Einheitsfront der Bourgeoisie wird einen verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse bedeuten. Dieses Bündnis der zweifelhaften „Verfechter" der Republik mit den ausgekochten Monarchisten kann nur auf der Grundlage einer Wiedergeburt des deutschen Imperialismus zustande kommen. Ein entschiedener Ruck nach rechts ist die nächste Folge dieser politischen Umgruppierung.

Noch niemals traten die Bestrebungen für eine Restauration des monarchistischen Regimes in Deutschland so offen und ungeniert zu Tage, wie in der letzten Zeit. Es ist charakteristisch, daß der Reichswehrminister, der „Demokrat" Geßler, der dadurch auffiel, daß er die monarchistischen Elemente der Reichswehr ganz offen förderte, nun auf seinem Posten bleiben soll...

Der Bruch mit der Sozialdemokratie ist ein Anzeichen dafür, daß die deutsche Bourgeoisie sich gefestigt fühlt. Sie bedarf nicht mehr der losen Zugeständnisse zur Mitarbeit mit der neulich im Namen der Schwerindustrie der Herr Dr. Silverberg auftrat. Sie scheut sich nicht mehr, offen und scharf sich den Arbeitermassen gegenüberzustellen.

Das jetzige Reichskabinett

Hergt Justizminister, v. Keudell Innenminister.

Berlin, 1. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hatte gestern eine stürmische Sitzung, in der es augenscheinlich, nach dem Bericht des Lokal-Anzeigers zu schließen, heftige Auseinandersetzungen gegeben hat. Die Deutschnationalen haben in dieser Sitzung beschlossen, sowohl die Kandidatur des Kandidaten des völkischen Flügels, Graef, als auch die Kandidatur des Stahlhelmers Lindeiner-Wildau als Minister zurückzuziehen. Die Zurückziehung erfolgte, obgleich gestern Der Tag noch behauptet hatte, die Deutschnationalen würden an ihrer Kandidatur festhalten. Gleichzeitig wurde aber der Parteivorsitzende Hergt und der frühere Landrat v. Keudell als Minister präsentiert. Hindenburg bestätigte kurz darauf die Kandidatur und so wird Hergt, der Vorsitzende der Partei, die die Fememorde propagierte, Justizminister, und Keudell Innenminister der Republik. v. Keudell, ein ostpreußischer Junker, Vorsitzender des Brandenburgischen Waldbauern-Verbandes, Vorstandsmitglied des Preußischen Landbundes, Angehöriger des linken Flügels der deutschnationalen Ausbeuterpartei. Es charakterisiert weiter den neuen Kurs und die Führung der Republik, daß Hindenburg heute im Lokal-Anzeiger in einer Erklärung ausdrücklich hervorhebt, er persönlich sei keineswegs gegen die Kandidatur des völkischen v. Graef als Justizminister aufgetreten, habe vielmehr der Streichung nur unter dem Drucke der politischen Verhältnisse zugestimmt. Es charakterisiert weiter den Vorwärts, daß er den Rückzieher der Deutschnationalen im Fall Graef, der durch die Kandidatur Hergt und v. Keudell bei weitem ausgeglichen ist, als eine große Sache bejubelnden als einen revolutionären Sieg aufmacht.

Gegen die Bürgerblockgesellschaft den schärfsten Kampf der Arbeiter, die proletarische Einheitsfront!

Die KPD für die Regelung der Arbeitszeit

Berlin, 1. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Die Reichstagsfraktion der KPD hat einen Gesetzentwurf zur Erwerbslosenfrage mit einer Interpellation eingebracht, in der von der Reichsregierung verlangt wird, sofort ein Gesetz vorzulegen, durch das die 8stündige Arbeitszeit als Maximalarbeitszeit hergestellt wird, bei ausdrücklichem Verbot aller jetzt bestehenden Ausnahmen, die tatsächlich den Zehnstundentag bedeuten.

Achtung!

Gewerkschaftsfunktionäre!

Die Gewerkschaftsarbeit ist die wichtigste Arbeit der Partei. Der 5. Weltkongreß beschloß, daß 75 Prozent aller Parteiarbeit die Arbeit in den Gewerkschaften sein müsse. Diese Aufgabe zu erfüllen, die uns die festeste Bindung mit den breiten Massen schafft, erfordert, daß jeder Funktionär auch eingehend mit den einzelnen Fragen betraut ist, die das tägliche Leben der Arbeiter betreffen.

Am heutigen Abend spricht um 7,30 Uhr im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße Genosse Dr. Schmincke M. d. L., über:

Krankenkassen- und Versicherungswesen.

Unser wichtigster Kampf ist in der nächsten Zeit der Kampf um die sozialen Forderungen der Arbeiter. Besucht vollzählig diese Sitzung. Keiner darf fehlen. Das Thema ist eines der wichtigsten der Arbeiterbewegung. Die Parteimitglieder sind eingeladen.

Bezirk-Gewerkschafts-Abteilung.